

Vorsicht Schießplatz

Warder – Minister Ralf Stegner (von links), BI-Sprecher Eckhard Helmbold, die Bürgermeister Jürgen Lucht und Heinz Volkmann sowie rund 50 interessierte Bürger wollten eine Wiese neben dem umstrittenen Schießstand besichtigen – doch daraus wurde nichts. Der Betreiber kaufte kurzerhand das Gelände und widerrief das Betretungsrecht.

Seite 20



Betreten verboten – auch für den Innenminister

Ortstermin am Schießstand Warder: Minister Ralf Stegner, die Bürgermeister von Warder und Groß Vollstedt sowie 50 interessierte Bürger wollten sich ein Bild von der Verschmutzung durch Munition machen – doch daraus wurde nichts.

Warder/Groß Vollstedt/sro – Eigentlich hatte die „Bürgerinitiative (BI) Naturpark ohne Schießlärm“ auf eine Groß Vollstedter Wiese eingeladen, um zu zeigen wie groß die Verschmutzung durch die Munition auf der

weit entfernten Grünfläche ist. Eigentlich. Schleswig-Holsteins Innenminister Dr. Ralf Stegner war in seiner Funktion als Bordesholmer Landtagsabgeordneter erschienen. Warders Bürgermeister Jürgen Lucht war ebenso wie sein Groß Vollstedter Amtskollege Heinz Volkmann gekommen, um sich ein Bild von der Situation in unmittelbarer Nähe des umstrittenen Schießstands zu machen.

Doch Eckhard Helmbold, Sprecher der BI, empfing die geladenen Gäste



Die neuen Schilder sprechen eine deutliche Sprache.

Fotos: Rother

sowie rund 50 interessierte Bürger mit einer überraschenden Nachricht: „Gestern Abend habe ich von dem Landbesitzer einen Anruf erhalten. Er hat das Betretungsrecht widerrufen.“

Am Montag habe Helmbold durch die Nortorfer Polizei den Grund für diesen plötzlichen Sinneswandel erfahren. Nach Auskunft der Beamten habe der Besitzer die Wiese neben der Fuhlenau verkauft – an Schießstandbetreiber Patrick Quast. Dieser hatte die Ordnungshüter darüber informiert und gebeten, dass die Polizei vor Ort dafür Sorge trage, dass sein Gelände

nicht betreten werde.

„Nur am Rande: Es ist schon ein wenig verwunderlich, dass hier die Polizei geholt werden soll, um gegen ihren obersten Dienstherren aktiv zu werden“, sagte Stegner ernst. Dass den Minister das ganze Prozedere alles andere als amüsierte, war ihm dann auch deutlich anzumerken. Auch die Gemeindefürsorge waren von der neuesten Entwicklung sichtlich überrascht worden und standen mit erstauntem Gesichtsausdruck wenige Meter neben den neuen gelben Warnschildern mit der Aufschrift „Achtung Schießgelände

Lebensgefahr Betreten verboten“. „Diese ganze Aktion und auch die Show mit den Schildern sprechen nicht für ein gutes Gewissen“, urteilte der Innenminister.

Den Bürgermeistern gab der Sozialdemokrat mit auf den Weg, dass es wichtig sei „in den Gemeinden eine deutliche politische Willenserklärung“ anzustreben. An die Adresse des verhinderten Landrats Wolfgang von Ancken gerichtet – der als Vorsitzender die Aufsichtsratssitzung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft leitete – sagte Stegner: „Der Landrat erweckt ein Stück weit den Eindruck,

dass mit den Ministerien alles abgesprochen sei – das betrifft aber nur die baurechtliche Seite.“ In Bezug auf eine angekündigte Lösung, die mit den Betreibern verhandelt werden soll, forderte Stegner: „Die Gemeindevorteiler müssen dem Kreis ausdrücklich klarmachen, dass sie nicht nur über die Gespräche informiert, sondern daran beteiligt werden.“

Der einzig richtige Weg sei, Experten damit zu beauftragen, die Belastung des Geländes festzustellen. Dann könnten Pläne für eine Sanierung und weitere Schritte gemacht werden.



Wo liegt denn eigentlich der Schießplatz. Dr. Ralf Stegner (von links) mit den Bürgermeistern Jürgen Lucht und Heinz Volkmann.